

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Mittelzusagen

Auf einem zweitägigen Zusammentreffen Anfang November in Dhaka sagten die Mitglieder der von der Weltbank geführten 'Bangladesh Aid Group' dem Land für das noch bis zum Juni 1998 laufende Haushaltsjahr Finanzhilfen in Höhe von 1,9 Milliarden US-Dollar zu. Bangladesh selbst hatte 270 Millionen Dollar mehr gefordert. Diese Zusagen liegen im Vergleich zum Vorjahr um 50 Millionen Dollar niedriger. Die Mitglieder, angeführt von der Weltbank, einigten sich zudem darauf, das früher in Paris und nun erstmals in Bangladesh abgehaltene Treffen, in 'Bangladesh Development Forum' umzubenennen.

Überschattet wurde das Gebertreffen durch eine sich zuspitzende politische Konfrontation zwischen Regierung und Opposition. Die beunruhigten Geber machten darauf aufmerksam, daß eine fortschreitende politische Polarisierung die Entwicklung des Landes gefährde und sowohl ausländische private Investoren, als auch internationale Hilfe abschrecke.

Diese Entwicklung veranlaßte die Geber explizit auf die mit der Finanzhilfe verknüpften Konditionen hinzuweisen. Neben den allgemeinen Forderungen einer zügigen Implementierung von Reformprogrammen und einer stabilen innenpolitischen Situation verwies der Internationale Währungsfond darauf, daß das Haushaltsdefizit 1997-98 einen halben Prozentpunkt des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten dürfe. Die 'Asian Development Bank' machte auf die weiterhin fragile makro-ökonomische Situation des Landes aufmerksam und verwies auf den schlechten Zustand staatlicher Unternehmen und die abnehmenden Währungsreserven. Zudem forderte die Weltbank die Regierung auf, eine klare Politik der Privatisierungsprogramme zu verfolgen.

Finanzminister Shah A.M.S. Kibria, der die Gespräche auf Seiten Bangladeshs leitete, kündigte seinerseits einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Korruption an.

Neue Welle politischer Gewalt

In einem bisher einzigartigen Aufruf hat Bangladeshs Präsident Shahabuddin Ahmed die politischen Parteien des Lan-

des aufgefordert, sich gegenseitig zu respektieren und sich nicht als "Erzfeinde" zu betrachten. "Die politischen Parteien müssen ihre Haltung aufgeben und sich nicht gegenseitig als Staatsfeinde betrachten", mahnte der Präsident, der nur über wenig exekutive Macht verfügt, anlässlich einer Tagung am 6. Dezember, die von der Vereinigung der Rechtsanwälte ('Bar Association') organisiert wurde. Stattdessen sollten sie zum Wohlergehen des Landes zusammenarbeiten, um die zahlreichen Probleme, mit denen die Menschen konfrontiert sind, zu lösen.

Die mahnenden Worte von Präsident Ahmed kommen zu einer Zeit, in der die regierende 'Awami League' (AL) unter Sheikh Hasina und die oppositionelle 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Hasinas Erzrivalin Khaleda Zia erneut in heftigem Streit stehen. Hintergrund ist die Unterzeichnung eines Anfang Dezember geschlossenen Friedensabkommens zwischen der Regierung und den für eine Autonomie kämpfenden 'Shanti Bahini' in den 'Chittagong Hill Tracts' im Südosten Bangladeshs. Khaleda Zia hat den Vertrag, der den seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Krieg, der mehr als 10.000 Todesopfer gefordert und tausende von Regierungssoldaten in der Region gebunden hat, zu einem friedlichen Ende bringen soll, als "Ausverkauf" nationaler Interessen und die Unterzeichnung eines Autonomieabkommens als "Verrat" bezeichnet.

Die regierende AL, die das Abkommen trotz der weitreichenden Proteste umsetzen will, hat ihrerseits die BNP beschuldigt, die Friedensbemühungen zu torpedieren, um so einen Konflikt am Leben zu erhalten und dadurch von anderen Problemen ablenken zu können. Die BNP und die mit ihr verbündeten islamistischen Parteien hatten nach dem Friedensabkommen einen Generalstreik für den 7. Dezember ausgerufen. Dieser Protest richtet sich gegen die von der Regierung gemachten Zugeständnisse an zwölf ethnische Minderheiten, vorwiegend buddhistische Chakmas, die in der etwa 14.000 Quadratkilometer großen Region der 'Chittagong Hill Tracts' leben, sowie gegen die quasi föderalen Bestimmungen des Vertrages. Diese seien mit der Verfassung nicht vereinbar und ließen das Land politisch auseinanderfallen. "Der Vertrag ist ein Abkommen gegen die Interessen der

muslimischen Siedler in der Gebirgsregion", kritisierte die BNP.

Die Protestaktionen der BNP haben zu einer Welle politischer Gewalt mit Straßenschlachten in vielen Landesteilen geführt, bei denen über einhundert Menschen verletzt wurden. Die BNP wirft der Regierung vor, im Zusammenhang mit den Protesten auch über 150 ihrer Mitglieder verhaftet zu haben. Ob der ehemalige Richter des obersten Gerichtshofes und jetzige Präsident Ahmed, der als parteiloser von einer großen Mehrheit der Bangladeshis sehr geschätzt wird, mit seinen mahnenden Worten ein Umdenken auslösen kann, bleibt abzuwarten (siehe dazu auch besonderen Beitrag in dieser Ausgabe).

Kommunalwahlen und Gewalt

50 Millionen Bangladeshis sind seit dem 1. Dezember aufgerufen, für 4.300 sogenannte 'Union Councils' ihre Vertreterinnen und Vertreter zu wählen. Die Lokalwahlen gelten als ein erster Test für die Popularität der seit 17 Monaten regierenden 'Awami League' (AL) unter Premierministerin Sheikh Hasina, obwohl nur Einzelpersonen und keine Parteien aufgestellt sind und gewählt werden können. Trotzdem versuchen die beiden großen Parteien, AL und 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) "ihre Leute" in die 'Councils' hineinzubekommen. Insgesamt haben sich für die 55.000 offiziellen Posten mehr als 200.000 Kandidatinnen und Kandidaten beworben.

Informationen von Wahlbeamten zufolge begannen die über einen Monat gestreckten Wahlen mit zahlreichen Zwischenfällen. Trotz eines massiven Aufgebots an Polizei und Soldaten wurden während der ersten Wahlwoche vor allem in Dhaka und in Chittagong mindestens sechs Menschen getötet und über 300 verletzt, als Unterstützer der AL mit Anhängern der BNP aneinandergerieten. Bereits während des Wahlkampfes waren bei politischen Auseinandersetzungen 16 Menschen ums Leben gekommen. Noch am Vorabend des Wahlbeginns hatte die BNP zu einem Generalstreik aufgerufen, der in den beiden großen Städten des Landes das normale Leben nahezu lahmlegte.

Angesichts der Welle der Gewalt wird nur am Rande wahrgenommen, daß sich erstmals in der 25jährigen Geschichte

des Landes tausende von Frauen um das Amt einer Bürgermeisterin bewerben - ganz zum Mißfallen islamistischer Gruppen und Parteien. Radikale Muslimführer hatten im Vorfeld der Wahlen eine 'Fatwa' ausgerufen und Frauen gewarnt, sich nicht für offizielle Ämter zur Verfügung zu stellen.

Kinderprostitution

Ein Großteil der Straßenkinder in der Hauptstadt Dhaka prostituiert sich, ein Drittel aller Kinderprostituierten sind einem Bericht von Hilfsorganisationen zufolge Jungen. Die norwegische NRO 'Radda Berne' und der dänische 'Save the Children Fund' haben festgestellt, daß sich die unter 13 Jahre alten Jungen vorwiegend in Parks und an öffentlichen Plätzen aufhalten, um ihre Kundschaft - zumeist Geschäftsleute - anzutreffen. Die Klientel der 13 bis 16-jährigen Mädchen besteht hauptsächlich aus Polizisten und LKW-Fahrern.

Die entwurzelten Kinder bieten ihre Dienste für umgerechnet einen Dollar an. Armut wird in dem Bericht als Hauptursache der Prostitution ausgemacht. Da Homosexualität im muslimisch geprägten Bangladesh ein Tabuthema ist, finden die Aktivitäten am späten Abend und in der Nacht statt. Der Bericht der beiden Organisationen, der demnächst veröffentlicht wird, stützt sich bei seinen Aussagen auf die Befragung von

298 Kindern in elf verschiedenen Stadtteilen Dhakas.

'High Court' bestätigt Entlassung des Armeechefs

Der Oberste Gerichtshof Bangladeshs hat am 8. Dezember den Einspruch des früheren Oberbefehlshabers der Armee gegen seine Entlassung zurückgewiesen. Ihm wurde vorgeworfen, im Vorfeld der Wahlen von 1996 Rädelsführer eines Putschversuchs gewesen zu sein.

Generalleutnant Abusaleh Mohammad Nasim war 1996 entlassen worden, nachdem der Coup gegen die damalige Interimsregierung ohne Blutvergießen beendet werden konnte und die Ordnung innerhalb der rebellierenden Einheiten in den nördlichen Regionen Bogra und Mymensingh wiederhergestellt wurde.

General Nasim, ein Held des Unabhängigkeitskrieges, wurde für schuldig befunden, die Revolte angeführt zu haben, die durch von der Regierung beschlossene Beförderungen und Umbesetzungen leitender Positionen in der Armee ausgelöst wurde. Obwohl er bestritt, die meuternden Einheiten angeführt zu haben, entließ ihn die damalige Regierung zunächst und wandelte die Entscheidung später in eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand um. Die mit zwei Richtern besetzte Kammer bestätigte diese Entscheidung und verwarf

Nasims Einspruch.

Laut Presseberichten kam es in jüngster Zeit zu einigen Veränderungen in den oberen Rängen der Armee: der bisherige Stabschef, Generalmajor Mohammad Anwar, wurde in eine Einheit im Norden versetzt. Ein anderer altgedienter Generalmajor, Subit Ali Bhuiyan, wurde aufgrund finanzieller Unregelmäßigkeiten pensioniert.

Die Dienstzeit des amtierenden Obersten Befehlshabers der Armee, Generalleutnant Mahbubur Rahman, endet zum 24. Dezember, seine Nachfolge ist noch offen. Seit der Unabhängigkeit hat die Armee über 16 Jahre entweder direkt oder durch von ihr gestützte Regierungen den Staat regiert.

Flut-Frühwarnsystem gefordert

Teilnehmer eines Seminars in Dhaka von Anfang Dezember, zur verbesserten Vorhersage bei Überschwemmungen, riefen zu gemeinsamen südasiatischen Anstrengungen auf, um ein effektives Frühwarnsystem für steigenden Fluten einzurichten. Nachbarstaaten sollten Daten zu Pegelständen und Niederschlagsentwicklung austauschen. Betont wurde die Wichtigkeit von Satellitenaufnahmen, Datenerfassung und das schnelle Weiterleiten relevanter Informationen innerhalb der Region.

Friedensvertrag weckt Hoffnungen

von Ahmed Fazl

Die Regierung von Bangladesh und die Stammesrebellens der 'Shanti Bahini' unterzeichneten am 2. Dezember einen Friedensvertrag. Von beiden Seiten wird dieser Vertrag als Meilenstein bei der Beendigung des seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernden blutigen Kampfes der angestammten Bewohner des Gebietes der Chittagong-Berge im Südosten des Landes bezeichnet. Regierungsvertreter und Führer der 'Shanti Bahini' unterzeichneten den Vertrag in Dhaka, nachdem anderthalb Jahre hinter verschlossenen Türen komplizierte Verhandlungen stattgefunden hatten.

Premierministerin Sheikh Hasina erklärte, daß die Vereinbarung, die den Weg zu einem andauernden Frieden in der von Auseinandersetzungen geschüttelten Region öffnen und die wirtschaftliche Entwicklung in diesem relativ wenig bevölkerten Gebiet voranbringen soll, einen Konflikt mit der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), der wichtigsten Oppositionspartei, heraufbeschwört.

"Es ist ein totaler Ausverkauf", tönte dann auch eine Überschrift in der Tageszeitung 'Dinkal', dem Sprachrohr der BNP. Die größte islamistische Partei, die 'Jamaat-i-Islami', warnte davor, daß eine Umsetzung des Vertrages zu einer Zerstückelung des Landes und letztlich einer 'Loslösung der Region' führen würde.

Die Führer der regierenden 'Awami League' und regierungstreue Beobachter haben versucht, diese Befürchtungen zu beschwichtigen. Sie erklärten dazu, daß eine solche Situation nicht eintreten werde, da der Vertrag im Rahmen der nicht-föderalen Verfassung ausgearbeitet worden sei. "Die Opposition versucht nur, die öffentliche Meinung irrezuführen und behindert die seltene Chance zur Errichtung eines andauernden Friedens in den Bergen", sagte Frau Hasina bei einem Gespräch mit Journalisten.

Die Vereinbarungen im Vertrag, die für die Regierung von einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten unter der Lei-

tung von Abul Hasnat Abdullah ausgehandelt worden waren, sehen einen 'Autonomen Regionalrat' mit 22 Mitgliedern vor, der die drei Bergdistrikte Rangamati, Khagrachari und Bandarban verwalten soll. Auf der Seite der Stämme nahmen bekannte Persönlichkeiten des 'Parbatta Chattagram Jana Sanghati Samity' (PCJSS) unter Jyotindra Bodhipriya Larma an den Gesprächen teil. Die PCJSS wird als der politische Arm der 'Shanti Bahini' betrachtet, die die Kampagne für die 500.000 Stammesangehörigen in der Bergregion durchgeführt hat. "Wir werden ein neues Leben in den Bergen beginnen", sagte Larma, ein langjähriger Kommandeur der Guerilla nach der Vertragsunterzeichnung.

Der Regionalrat wird von einem gewählten Stammesführer geleitet. Zwei Drittel seiner Mitglieder sollen aus den zwölf Stämmen kommen, einschließlich der dominierenden Chakmas. Das restliche Drittel der Sitze in dem Rat wird